

Bildungspolitische (Sofort-)Maßnahmen für Flüchtlinge und Asylsuchende

Mitteilung: GEW Hauptvorstand

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat am 8.10.2015 ein Paket bildungspolitischer (Sofort-)Maßnahmen für Flüchtlinge und Asylsuchende vorgestellt. Die Vermittlung der deutschen Sprache als Schlüssel zur Integration steht im Mittelpunkt der Vorschläge. Die GEW sieht den Bund in der Pflicht, den größten Teil der Kosten für die Programme zu stemmen. „Bildung kann nicht warten. Das Menschenrecht auf Bildung gilt für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen - ohne Ausnahme und ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus'. Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden müssen von Anfang an Zugang zu Bildung bekommen“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe während einer Pressekonferenz ihrer Organisation.

„Neu Zugewanderte sollen schnell die deutsche Sprache erlernen, um alle Bildungsangebote wahrnehmen zu können. Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen jetzt so ausgestattet werden, dass Flüchtlinge und Asylsuchende eine individuelle und bedarfsgerechte Sprachbildung erhalten“, betonte Tepe. Sie schlug vor, das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, das auf 4.000 Kindertagesstätten ausgerichtet ist, deutlich auszuweiten. An den Schulen müssten mit einem Sofortprogramm Lehrkräfte für „Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache“ qualifiziert werden. Tepe regte ferner an, dass die Hochschulen „flächendeckend gebührenfreie Deutschkurse“ anbieten sollten. In der Erwachsenenbildung müssten die Integrations- und Sprachkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ausgebaut werden.

Die GEW rechnet in den nächsten zwölf Monaten bundesweit mit rund 300.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern, die allein oder mit ihren Eltern geflüchtet sind. „Um diesen Kindern und Jugendlichen ein qualitativ gutes Schulangebot zu machen, sind gut 8.000 Lehrkräfte je 100.000 Schüler zusätzlich notwendig“, unterstrich Tepe. Sie machte deutlich, dass die Schulen jedoch nicht nur mehr Lehrkräfte, sondern multiprofessionelle Teams brauchen, um den unterschiedlichen Problemlagen der Kinder gerecht zu werden. Zu diesen Teams gehörten beispielsweise Schulpsychologen, -sozialarbeiter und -pädagogen sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Zusätzlich sollten Pädagoginnen und Pädagogen, die über die Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) verfügen, in den Schulen eingestellt werden. Da der Bedarf aller Voraussicht nach trotzdem nicht gedeckt werden kann, müsse auch über den (zeitlich begrenzten) Einsatz pensionierter Lehrkräfte mit der Qualifikation für Sprachen und über DaZ-Crashkurse für pädagogisch qualifizierte Menschen nachgedacht werden, sagte die GEW-Vorsitzende.

In den Kitas erwarte die GEW bis zu 100.000 geflüchtete Kinder. Deshalb müssten rund 14.000 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich eingestellt werden, hob Tepe hervor. Zusätzlich schlug sie vor, professionelles Personal für Bildungsberatung und -begleitung wie Kindheitspädagoginnen und -pädagogen als Bildungsbegleiter in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder einzusetzen.

„Der Hochschulpakt muss aufgestockt werden, damit Studienplätze und -angebote für Flüchtlinge ausgebaut werden können“, betonte Tepe. Gleichzeitig sollten einfachere Regelungen zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen erarbeitet werden, um Flüchtlingen den Zugang zu den Hochschulen zu erleichtern.

„Auch für die Integrationskurse müssen wir mehr akademisch qualifizierte Menschen gewinnen. Das wird aber nur dann klappen, wenn endlich mit der prekären Beschäftigung der Integrationslehrkräfte Schluss gemacht wird“, sagte die GEW-Vorsitzende.

„Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland. Die Menschen in den Bildungseinrichtungen sind bereit, ihren Beitrag zu leisten und die großen Herausforderungen zu meistern“, stellte Tepe abschließend fest.

PM v. 8.10.2015

Ulf Rödde

Pressesprecher

www.gew.de